

Klimakanzlerin war gestern

Wirtschaftsministerium will Vorrang der Ökostromnutzung einschränken

Wolfgang Pomrehn

Die neue Bundesregierung ist offenbar fest entschlossen, die Energiewende, also den Umbau der Stromversorgung, erheblich zu verlangsamen, um einen »Artenschutz« für Kohlekraftwerke zu organisieren. Neuester Clou: Das vom Merkel-Intimus Peter Altmaier geleitete Bundeswirtschaftsministerium plant, den sogenannten Ökostrom-Vorrang einzuschränken.

Der wurde als erster Meilenstein zum Aufbau einer neuen, umweltfreundlichen Stromversorgung bereits in den 1990er Jahren eingeführt. Alles was Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen an Energie produzieren, muss danach auch von den Netzbetreibern abgenommen werden. Nur wenn die Netze zu stark belastet sind, müssen Solar- und vor allem Windkraftanlagen, bei denen dies öfter vorkommt, heruntergeregelt werden. Genau diese Engpässe nimmt das Wirtschaftsministerium zum Anlass für seinen Vorstoß.

Konventionelle Kraftwerke können hingegen nur soviel Strom absetzen, wie ihnen die Sonne, Wind und Co. an Marktanteilen übriglassen. Dass diese Regelung überhaupt durchgesetzt werden konnte, hat auch ein wenig mit der Arroganz der alten Stromkonzerne zu tun. Die Nutzer erneuerbarer Energieträger könnten nicht viel mehr als zwei Prozent des Bedarfs decken, hatten sie seinerzeit in PR-Kampagnen verbreitet. Auch Angela Merkel, damals noch Bundesumweltministerin und AKW-Fan, hat das damals gerne erzählt.

Offenbar hat man in den Vorstandsetagen zu fest an die eigene Propaganda geglaubt: Der Anteil des Ökostroms wächst trotz diverser Störmanöver munter weiter. Gaskraftwerke fahren schon seit langem nur auf Sparflamme, und auch Kohlekraftwerke, insbesondere die auf Steinkohlebasis produzierenden, aber zunehmend auch Braunkohlemeiler, müssen gedrosselt werden. Aktuell beträgt der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Nettostromproduktion schon seit fünf Wochen durchschnittlich um die 50 Prozent. Neun Wochen ist es her, dass der Anteil auf unter 40 Prozent absank.

Den Kraftwerksbetreibern ist das natürlich ein Dorn im Auge. Der Betrieb von Steinkohle- und Gaskraftwerken ist unter diesen Bedingungen kaum noch rentabel. Vattenfalls neuer Kohlemeiler in Hamburg-Moorburg, dessen Bau zu Beginn dieses Jahrzehnts mit viel Polizeigewalt durchgesetzt wurde, ist im Durchschnitt nur zu rund 50 Prozent ausgelastet. Um verlustfrei zu arbeiten, müssten es 60 bis 70 Prozent sein.

Nun könnte das Parlament in dieser Situation zum Beispiel einen Kohleausstiegsplan gesetzlich fixieren. Würden zügig neben den Atomreaktoren zunächst die alten, besonders ineffizienten Kohlekraftwerke vom Netz genommen, dann wären die Leitungen weniger belastet und die EEG-Umlage würde sinken, weil der Strom nicht mehr wegen des Überangebots an der Börse verschleudert würde. Doch die Bundesregierung hat offenbar anderes vor. Der Ausstieg aus der Kohlenutzung wird so weit wie möglich hinausgeschoben, und die Energiewende mit allerlei Nadelstichen ausgebremst. Klimakanzlerin Merkel war gestern.

<https://www.jungewelt.de/artikel/333155.klimakanzlerin-war-gestern.html>